

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Yannick Lonkai

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Walther Schäfer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Volt

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti

Ratsmitglied Thorsten Moriß

Ratsmitglied Detlef Stump

Mitglied Fraktion FDP/FW

Ratsmitglied Thomas Lehmann

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Dezernent

Dezernent Thomas Bruns

Dezernent Niksa Marusic

Dezernent Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Fachbereich 14 Jörg Engesser

Fachbereich 03 Elke Schute

Protokollführerin

Protokollführerin Julia Muth

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven

Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Norman Schaaf

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

7	Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil	
8	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.08.2025	
9	Einwohnerfragestunde (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)	I
10	Aktuelle Stunde	
11	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
12	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
12.1	Berichterstattung aus dem Projekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“ (BIWAQ V)	
13	"Bericht aus den Gesellschaften: Klinikum Wilhelmshaven gGmbH, Keine Entlastung AR für 2023" (auf Antrag von Beig. Tönjes)	
14	Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)	
14.1	Festsetzung Termin zur Wahl des Oberbürgermeisters 2026	246/2025
15	Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat	
15.1	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart)	
15.1.1	Hafenentwicklungsplan für den PORT OF WILHELMSHAVEN	128/2025
15.1.2	Geschäftsordnung Strategierat "Grüne Region am Meer"	130/2025
15.2	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Ratsfrau Weinstock)	
15.2.1	Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven	179/2025
15.3	Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)	
15.3.1	Straßenbenennung im Bereich zwischen Havermonikenstraße und Am Handelshafen	164/2025
15.3.2	Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplan Nr. 11 - Metzger Weg / Mitscherlichstraße - Entwurfsbeschluss	299/2025
15.3.3	Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplan Nr. 80 A, 6. Änderung (Vorhabenbezogen) Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 034 (VEP 034) - Güterstraße / Gartencenter - Aufstellungsbeschluss	300/2025
15.3.4	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen WIN@WBV und Volt, CDU und SPD: Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt	535/2025
15.4	Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)	
15.4.1	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven	252/2025
15.4.2	Mobilitätsstationen - Wilhelmshaven/Friesland - Grundsatzbeschluss	304/2025
15.4.3	Antrag der SPD- Fraktion: Bereitstellung von E- Bke- Ladestationen im Bereich Südstrand	525/2025
15.5	Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)	
15.5.1	Kanalweg - Verkauf eines Grundstücks im Gebiet westlich Banter Weg – B-Plan Nr. 53 (2. Änderung)	217/2024
15.5.2	Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2024	289/2025
15.5.3	Verkauf - Antonslust 15 - Hofstelle Fegefeuer	131/2025
15.5.4	Grundsatzbeschluss Vergabe Wohnbauflächen als Erbbaurecht	291/2025
15.6	Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer)	
15.6.1	Beschluss zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2025 vom Eigenbetrieb RNK	273/2025
15.7	Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)	
15.7.1	Namensgebung der Grundschule Stadtmitte	70/2025

15.7.2	Antrag der Gruppe WIN@WBV und Volt: : Ergebnisse und Konsequenzen der aktuellen Schuleingangsuntersuchungen	532/2025
16	Anträge	
16.1	Initiativantrag des Ortsrates: "Barrierefreier Ausbau der Haltestellen für den Bereich Sengwarden und Fedderwarden"	533/2025
16.2	Antrag Gruppe Gemeinsam BUNT: "Änderung Hauptsatzung" (Antragsbehandlung des Jugendparlaments)	540/2025
16.3	Antrag Gruppe Gemeinsam BUNT: "Änderung Geschäftsordnung des Jugendparlaments"	541/2025
17	Anfragen	
17.1	Anfrage Thomas Lehmann Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/ FW im Rat der Stadt Wilhelmshaven: Anfrage gem. § 18 der Geschäftsordnung des Rates über den Wegzug der Firma "GEO-Group" aus Wilhelmshaven nach Sande	538/2025
17.2	Anfrage Beigeordneter Heinemann zum Thema "Seniorenbeirat"	539/2025
18	Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)	

Sitzungsbeginn: **15:29 Uhr**

Frau Weinstock informiert, dass sowohl Ratsvorsitzender Becker als auch sein Stellvertreter Schoolmann heute entschuldigt fehlen würden. Aus diesem Grund leite sie gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung als ältestes und dafür bereites Ratsmitglied die Sitzung bis zur Wahl einer/s neuen Vorsitzenden die Sitzung. Sie erläutert das Verfahren. Herr Heinemann schlägt Herrn Stoffers als Vorsitzenden vor. Herr Tönjes schlägt als Stellvertreter Herrn Burkhardt vor.

Bei einer Enthaltung wird **Herr Stoffers** einstimmig gewählt und übernimmt den Vorsitz.

7 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Herr Stoffers bedankt sich für das Vertrauen und stellt, da es keine weiteren Vorschläge gibt, Herrn Burkhardt zur Wahl als Stellvertreter. Dieser wird bei drei Enthaltungen einstimmig gewählt. Anschließend eröffnet Herr Stoffers den öffentlichen Teil der Sitzung.

Oberbürgermeister Feist informiert, dass die Beschlussvorlagen heute nicht auf der Leinwand angezeigt werden können, auf der Tribüne jedoch ein QR-Code angebracht sei, mit dem der Zugriff auf das Sitzungspaket besteht. Dann zieht er den Tagesordnungspunkt 14.1 (246/2025) zurück. Dieser soll erst in der Oktobersitzung beraten werden.

Die Tagesordnung wird bei 2 Enthaltungen in der geänderten Form einstimmig festgestellt.

- 8 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 27.08.2025

Herr Stoffers erläutert, dass im nicht-öffentlichen Teil die Genehmigung des Protokolls vom 27.08.2025 aus rechtlichen Erwägungen verschoben worden sei. Dies schlägt er auch für den öffentlichen Teil vor.

Frau Kloster verweist, dass die Protokollierung Ihrer Meinung nach an verschiedenen Stellen nicht korrekt sei und sie hierzu nochmals eine schriftliche Eingabe machen werde. Erster Stadtrat Schönfelder führt an, dass auch bis zur nächsten Ratssitzung noch keine Angaben zu den Kosten des Rechtsverfahrens Wissenschaftsstadt getätigt werden können. Deswegen sei diese Angabe im Protokoll nicht erfolgt.

Der Verschiebung wird bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss: vertagt

- 9 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

- 10 Aktuelle Stunde

Es liegt keine Aktuelle Stunde vor.

- 11 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Oberbürgermeister Feist informiert, dass der Verwaltungsausschuss Herrn Thomas Werner erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der Sparkasse Wilhelmshaven bestellt hat.

- 12 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist verliest eine Erklärung des Ratsvorsitzenden Becker. Dieser legt aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Ratsvorsitzender nieder. Oberbürgermeister Feist weist darauf hin, dass somit in der nächsten Ratssitzung ein neuer Vorsitzender gewählt werden müsse.

- 12.1 Berichterstattung aus dem Projekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“ (BIWAQ V)

Frau Freimann vom Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement stellt einen Bericht zum Projekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“ (BIWAQ V) vor. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Walpurgis kritisiert, dass auf Radio Jade der Vortrag nicht übertragen worden sei und bittet darum, dass dies künftig verbessert werde.

Herr Ehlers fragt, wer die „benachteiligten“ Personen in Tonndeich seien. **Frau Freimann** informiert, dass hier im Vorfeld ein bestimmter Personenkreis zugewanderter Menschen definiert worden sei. Für die Annahme, dass Personen, die nach Deutschland eingewandert seien, per se benachteiligt wären, zeigt **Herr Ehlers** sein Unverständnis. Ferner will er wissen, wie sich die 128 Teilnehmer zusammensetzen und ob diese ins Berufsleben integriert worden seien. Da diese Informationen zum Handlungsfeld 1 der VHS gehören würde, sichert der Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement zu, die gewünschten Informationen bei der VHS einzuholen und den Ratsmitgliedern zuzusenden. Dasselbe gilt auch für eine Nachfrage zur Quotenerreichung von **Herrn Moriß**. **Herr Berner** wünscht, dass beim nächsten Mal auch die VHS anwesend sein möge, um Fragen zu beantworten.

Wo die vier angesiedelten Unternehmen hingewandert wären, wenn sie nicht in Tonndeich angesiedelt worden wären, möchte **Herr Werner** wissen und hinterfragt, ob Mitnahmeeffekte ausgeschlossen werden könnten oder die Unternehmen ihrerseits eine Verpflichtung eingegangen seien. Letzteres bejaht **Frau Freimann**. **Herr Schön** erkundigt sich, ob das Stadtteilbüro im Rahmen des Projektes eingebunden sei und wie die Öffnungszeiten wären. Immer wenn er dort vorbeifahre, sei das von der Stadt finanzierte Büro geschlossen. Hierzu sei die VHS auskunftsfähig, so **Frau Freimann**, die eine Nachlieferung der Öffnungszeiten zusichert. Zur Frage nach der Anzahl der Arbeitsplätze durch die Neuansiedlung antwortet **Frau Freimann**, dass es sich um drei Einzelunternehmen und ein Unternehmen mit drei Arbeitsplätzen handeln würde. **Herr Heinemann** hinterfragt ebenfalls kritisch, warum von der VHS niemand in der Sitzung anwesend sei, um Fragen zu beantworten. Dies leite sich auf dem Ratsauftrag ab, der hauptsächlich auf eine Berichterstattung zur Tätigkeit von Alexander Rudnick Consultants abziele, so **Frau Freimann**.

Herr Rudnick von Alexander Rudnick Consultants schließt sich mit seinem Vortrag an. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Stump zeigt sich irritiert, dass immer von Tonndeich gesprochen werde, wenngleich doch der Bismarckplatz in Heppens liegen würde. Er kritisiert, dass die Vorträge nicht im Vorfeld im RIS zur Verfügung gestanden hätten. **Frau Mandt** bezieht sich auf die Aussage, dass 28 Betriebe offene Stellen bieten würden und warum diese Stellen nicht dem JobCenter gemeldet würden. Sie sei irritiert über die offenbaren Doppelstrukturen. Die Zahlen seien der VHS und über diese wiederum dem JobCenter mitgeteilt worden, so Herr Rudnick. **Herr Schön** möchte wissen, wie hoch die Arbeitslosenquote konkret in Tonndeich sei und wie zur Reduktion durch das Projekt beigetragen habe. Er wolle wissen, wie der konkrete Beitrag zum Abbau der Missstände in Tonndeich aussehe. Hierzu verweist **Herr Rudnick** an die VHS und im Nachgang nachzuliefernde Informationen. Dass er dazu nicht aussagefähig sei obwohl dies zu seinen Aufgaben gehöre, sei für ihn unverständlich, so Herr Schön. Dem widerspricht Herr Rudnick jedoch. **Herr**

Werner schließt sich der allgemeinen Kritik an, dass das Projektteam nicht vollständig anwesend sei. Ferner möchte er wissen, wie viel Zeit und Personen Rudnick Consultants seit März in dieses Projekt aufgewendet hätten und wie viele Stunden noch zur Verfügung stünden. Was er konkret umgesetzt habe, möchte er ebenso wissen. Die vorgestellten Ergebnisse seien seiner Auffassung nach vom Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement umzusetzen, nicht von Rudnick Consultants. Die Zahlen wolle er zum Protokoll nachliefern, so **Herr Rudnick**. Er betont, seine definierten Aufgaben umzusetzen. Diese Aufgaben würden durch die Wirtschaftsförderung erteilt.

Herr Baruschke wünscht sich solche Informationen in den zuständigen Fachausschüssen zu erhalten, nicht im Rat. Außerdem kritisiert er die gestellten Fragen und stellt fest, dass er den Nutzen der umgesetzten Maßnahmen hinterfragt. **Herr Block** schließt sich an und hinterfragt den Sinn der konkreten Fragestellungen aus dem Fragebogen. Herr Rudnick erläutert, dass Bedarfe ermittelt werden solle, um zielgerichtet die zur Verfügung stehenden Gelder einsetzen zu können.

Herr Lehmann zeigt sich irritiert darüber, in welcher Art und Weise das Thema in den Rat eingebracht werde und welchen zeitlichen Umfang das einnehme.

Herr Werner legt Wert auf die Differenzierung zwischen dem Fachbereich Wirtschaft und Regionalmanagement und der Wirtschaftsförderung. Er werde als Mitglied der Gesellschafterversammlung der WFG beantragen, dass alle handelnden Akteure zur Vorstellung und Diskussion in das Gremium eingeladen werden.

Auf Frage von **Herrn Baruschke**, wie es zur Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes gekommen sei, informiert **Herr Stoffers** nach Rücksprache mit Frau Muth, dass dies aufgrund eines Ratsbeschlusses, der von der SPD entsprechend ergänzt worden sei, erfolge. **Herr Burkhart** regt an, die Berichterstattung künftig in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen zu ziehen und wie von Herrn Werner angeregt in die Gesellschafterversammlung der WFG. Dazu gibt es allgemeine Zustimmung.

13 "Bericht aus den Gesellschaften: Klinikum Wilhelmshaven gGmbH, Keine Entlastung AR für 2023" (auf Antrag von Beig. Tönjes)

Herr Tönjes verweist, dass der Rat über eine persönliche Erklärung von ihm verfüge. Es obliege seiner Ansicht nach dem Rat, ob er diese Informationen öffentlich machen wolle. **Herr Heinemann** erkundigt sich, welchen Verdacht Herr Tönjes habe. Dieser verweist auf seinen umfassenden Bericht, dessen Inhalte öffentlich zu machen, er dem Rat übertrage. Im Dialog zwischen **Herrn Berner** und **Herrn Tönjes** wird die Bereitstellung der Unterlagen diskutiert. Er habe in keinsten Weise von irgendwelchen kriminellen Handlungen gesprochen, stellt **Herr Tönjes** abschließend klar.

14 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)

14.1 Festsetzung Termin zur Wahl des Oberbürgermeisters 2026

246/2025

Beschluss: zurückgezogen

Der Rat beschließt, dass die Wahl zum Oberbürgermeister am Sonntag, 13. September 2026, dem Tag der Kommunalwahlen in Niedersachsen, stattfindet. Die möglicherweise erforderliche Stichwahl wird auf den 27. September 2026 gelegt.

15 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

15.1 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Beigeordneter Burkhart)

15.1. Hafenentwicklungsplan für den PORT OF WILHELMSHAVEN

128/2025

1

Herr Burkhart informiert, dass der zuständige Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen die Vorlage wegen mangelnder Beschlussreife vertagt habe. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Fischer ergänzt, dass man eine qualifizierte Vertagung wolle und wünsche, dass zunächst alle Beteiligten mit an einen Tisch geholt werden müssten, bevor die Beschlussvorlage erneut aufgerufen werde. Dem schließt sich **Herr Heinemann** an.

Beschluss: vertagt

1. Der RAT der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorliegenden **Hafenentwicklungsplan für den PORT OF WILHELMSHAVEN** zur Kenntnis.
2. Der Rat bestätigt die im vorliegenden Hafenentwicklungsplan getroffenen Aussagen zu den strategischen Ausrichtungen/Entwicklungen der städtischen Hafenflächen/Hafenanlagen.
Über konkrete Maßnahmen (wie z.B. Grundstücksgeschäfte im Zusammenhang mit Ansiedlungen oder erforderliche B-Planverfahren) werden die Fachausschüsse bzw. der RAT zu gegebener Zeit im Rahmen von Beschlussvorlagen eingebunden.

15.1. Geschäftsordnung Strategierat "Grüne Region am Meer"

130/2025

2

Herr Burkhardt führt in die Beschlussvorlage ein und informiert, dass der zuständige Ausschuss zugestimmt habe.

Herr Tönjes bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Geschäftsordnung des Strategierates „Grüne Region am Meer“ mit den nachfolgenden Änderungen.
- II. Der Strategierat tritt zusammen, sobald der Rat der Stadt Wilhelmshaven dessen Geschäftsordnung beschlossen hat.

Änderungen:

Die vorgenommenen Änderungen (siehe Anlage in GRÜN) an der Geschäftsordnung zielen darauf ab, die demokratische Legitimation des Strategierates zu stärken, die Entscheidungsfindung transparenter zu gestalten und eine Machtkonzentration zu verhindern. Dies geschieht durch die Implementierung von Mechanismen, die auf parlamentarischer Praxis basieren und die Rechte der einzelnen Mitglieder betonen.

Herr Werner verweist darauf, dass sich Ehrenämter für die Stadt einsetzen würden, die in einem reinen Empfehlungs- und Beratungsorgan für den Rat arbeiten würden. Die Gruppe Gemeinsam BUNT würde sich seit Monaten damit beschäftigen, diesen Ehrenämtern die Arbeit schwer zu machen durch weitere Bürokratisierung. Er bitte darum, damit endlich aufzuhören. **Herr Stoerner** schließt sich der Auffassung von Herrn Werner an und kündigt an, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen. Dem schließen sich auch die **Herren Fischer, Lehmann und Heinemann** an. **Frau Kloster** wundert sich, dass die SPD keine Änderungen einbringen würde, obwohl auch diese weiteren Regelungsbedarf ausgemacht habe. Sie weise zurück, etwas verzögern zu wollen. Stattdessen bringe man sich durch konstruktive Vorschläge aktiv in den Prozess ein. **Herr Block** erläutert, warum die SPD nach intensiver Prüfung zu dem Ergebnis gekommen sei, der vorgelegten Fassung zustimmen zu wollen.

Oberbürgermeister Feist führt aus, dass es sich bei den im Strategierat vertretenen Personen um hochengagierte Persönlichkeiten handeln würde, die sich zur Verfügung stellen würden, damit der Rat fachliche Expertise für seine Entscheidungsfindung erhalte. Er bittet darum, diesen Menschen keine Geschäftsordnung vorzugeben, die sie in ihrem Engagement einenge. Er habe keinerlei Verständnis für diese Diskussion. **Herr Ehlers** lehnt den Änderungsantrag ebenfalls ab, weil er keinen Verbesserungsbedarf darin sieht.

Herr Tönjes fragt sich, worin sich der Rat verrannt habe, und kritisiert, dass die Verwaltung es nicht geschafft habe, eine sinnvolle Geschäftsordnung aufzustellen. Er respektiere das Ehrenamt und Engagement außerordentlich und wolle lediglich einen vernünftigen, geordneten Rahmen für die Arbeit haben. Er sehe in den Wortbeiträgen ausschließlich eine Diffamierung seiner Gruppe.

Der Änderungsantrag wird bei 8 Ja-Stimmen und 29 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Geschäftsordnung des Strategierates „Grüne Region am Meer“.
- II. Der Strategierat tritt in Kraft, sobald der Rat der Stadt Wilhelmshaven ~~und der Landkreis Friesland~~ dessen Geschäftsordnung beschlossen hat.

Pause 17:04 bis 17:21 Uhr

15.2 Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Ratsfrau Weinstock)

15.2. Neufassung der Benutzungsordnung und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven **179/2025**
1

Frau Weinstock führt in die Vorlage ein und formiert, dass der zuständige Ausschuss einstimmig zugestimmt habe.

Frau Heide betont, dass der Vorschlag ausgesprochen gut sei, und unter anderem auch zu einem touristischen Mehrwert durch die Touristenkarte führe. **Herr Moriße** erkundigt sich nach der finanziellen Auswirkung. Dass das Konzept zu einem ausgeglichenen Ergebnis führe, erläutert **Frau Weinstock**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Neufassung der Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven, zuletzt geändert am 01.01.2009 und die Neufassung der Entgeltordnung der Stadtbibliothek Wilhelmshaven, zuletzt geändert am 01.01.2014.

15.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

15.3. Straßenbenennung im Bereich zwischen Havermonikenstraße und Am Handelshafen **164/2025**
1

Herr Schön führt in die Vorlage ein und informiert, dass der zuständige Ausschuss sowie der Verwaltungsausschuss den Antrag vertagt hätten. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in die nächste Ratssitzung.

Beschluss: vertagt

Die Planstraße im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 40, 7. Änderung erhält

zwischen Kettenstraße und Werftstraße die Bezeichnung „Havermonikenstraße“ und ab Werftstraße Richtung Osten die Bezeichnung „Am Handelshafen“

- 15.3. Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplan Nr. 11 - Metzger Weg / Mitscherlichstraße - Entwurfsbeschluss **299/2025**
2

Herr Schön führt in die Vorlage ein und erläutert diese.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf über die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. **11 -Metzger Weg / Mitscherlichstraße-** zu und beschließt, diesen mit Begründung einen Monat lang zu veröffentlichen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

- 15.3. Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplan Nr. 80 A, 6. Änderung (Vorhabenbezogen) Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 034 (VEP 034) - Güterstraße / Gartencenter - Aufstellungsbeschluss **300/2025**
3

Herr Schön führt in die Vorlage ein und erläutert diese.

Herr Tönjes bittet darum, dass der Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung künftig schneller reagieren solle. Der lange Fristverzug sei seiner Meinung nach problematisch. **Herr von den Berg** nimmt die Aussagen von Herrn Schön auf und betont, dass sich ein neuer Rat die Kosten künftig genauer anschauen müsse. Außerdem solle kritischer hingeschaut werden bei der Vielzahl von Projekten und ihrer Umsetzung. **Herr Werner** nimmt nach eigener Aussage die Verwaltung in Schutz. Solche Themen sollten weiterhin im Fachausschuss und nicht im Rat behandelt werden.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in Verbindung mit den § 1 Abs. 8 und § 12 Abs. 6 Baugesetzbuch - in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden - ist die **Aufstellung der Satzung über die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 80A, 6. Änderung (Vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 034 (VEP 034)**“ gem. Vorlage. Das Aufhebungsverfahren wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB durchgeführt. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

15.3. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen WIN@WBV und Volt, CDU und SPD: Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt **535/2025**
4

Herr Fischer führt in die Vorlage ein und erläutert den gemeinsamen Antrag von WIN@WBV und Volt, CDU und SPD. Die angekündigten Änderungsanträge würden seiner Aussage nach eh im nun anzustrebenden Prüfprozess berücksichtigt werden.

Herr Hager bringt für die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt zu entwickeln. Ziel ist insbesondere eine flächenhafte Verkehrsberuhigung. Die Vorschläge sollen unter der ausdrücklichen Einbindung des Bürgervereins Süd sowie der Verkehrskommission erarbeitet werden. Das Konzept soll schrittweise erarbeitet werden, mit dem Ziel, möglichst zeitnah eine spürbare Verkehrsberuhigung – insbesondere im Bereich Weserstraße und Rheinstraße – zu erreichen.

Frau Mandt begründet, dass die CDU den Änderungsantrag ablehnen werde, da man keine Verkomplizierung wolle.

Bei 13 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Schön kritisiert, dass er als Ausschussvorsitzender nicht die Möglichkeit gehabt habe, den Antrag einzubringen.

Herr Walpurgis begrüßt den Antrag und führt aus, dass es gut sei, nun im Bereich der Südstadt tätig zu werden. Dennoch dürfe nicht aus den Augen verloren werden, dass auch in anderen Stadtteilen Handlungsbedarf bestehe, in denen möglicherweise kein Bürgerverein aktiv werde. Er habe mit der Polizei schon Gespräche geführt.

Herr Tönjes merkt zu den Anmerkungen von Herrn Fischer an, dass seine Ratsgruppe nicht involviert worden sei. Künftig wolle man diesbezüglich gerne mit den anderen Gruppen und Fraktionen zusammenarbeiten, wenngleich in diesem Fall seine Gruppe nicht einheitlich abstimmen werde.

Herr Lehmann bringt für die FDP-FW-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Die Sätze 2-3 des Antragstextes werden gestrichen.

Herr Fischer erläutert, dass der Änderungsantrag im Ergebnis nichts an dem Ursprungsantrag ändern würde. Die Befürchtungen seien unbegründet. Auch die CDU werde laut **Frau Zaage** den Änderungsantrag ablehnen, da die Verwaltung schon von sich aus anständig prüfen werde.

Bei 4 Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Moriße bringt für die AfD-Fraktion folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen:

Die Vorlage 535/2025 wird wie folgt ergänzt:

Vor Beginn der Erarbeitung des Quartiersverkehrskonzeptes für die östliche Südstadt wird die Verwaltung beauftragt, eine Auswertung der polizeilichen Unfallstatistik sowie vorhandener verkehrstechnischer Daten für den betroffenen Bereich, insbesondere Weserstraße und Rheinstraße vorzulegen. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Anzahl und Art der Verkehrsunfälle der letzten drei Jahre
2. Beteiligung von Fußgängern, Radfahrern und motorisiertem Individualverkehr
3. Unfallorte und zeitliche Häufungen
4. Verkehrsaufkommen und Durchgangsverkehrsdichte
5. Belastungswerte (z. B. Lärm, Emissionen, Geschwindigkeitsüberschreitungen)

Herr Tönjes weist darauf hin, dass im Internet ein Unfallatlas einsehbar sei, und deswegen dieser Antrag unnötig sei.

Bei 3 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

An der weiteren Diskussion um den Hauptantrag beteiligen sich **Frau Bakir-Block** und **Herr Stump**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Quartiersverkehrskonzept für die östliche Südstadt zu entwickeln.

Ziel ist insbesondere eine flächenhafte Verkehrsberuhigung. Die Vorschläge der

Verkehrsarbeitsgruppe des Bürgerverein Süd sollen dabei weitgehend berücksichtigt werden. Das

Konzept soll schrittweise erarbeitet werden, mit dem Ziel, möglichst zeitnah eine spürbare

Verkehrsberuhigung – insbesondere im Bereich Weserstraße und Rheinstraße – zu erreichen.

15.4 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

15.4. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und **252/2025**
1 die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven

Frau Kloster führt in die Vorlage ein und erläutert diese.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1. Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.10.2025 zu.
2. Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.10.2025.

15.4. Mobilitätsstationen - Wilhelmshaven/Friesland - Grundsatzbeschluss **304/2025**
2

Frau Kloster führt in die Vorlage ein und erläutert diese.

Herr Brandt informiert, dass zu den Betriebs- und Beratungskosten im Ausschuss leider keine konkreten Aussagen getätigt worden seien. Aus diesem Grund werde er im weiteren Verlauf genau auf diese Themen achten, wenngleich er nun dem Grundsatzbeschluss zustimmen werde. Sowohl die Förderzusage, noch die Betreiberfrage seien derzeit geklärt, so **Herr Stump**. Generell frage er sich, was alles aus den Kohlestrukturmitteln gefördert werden solle. Er habe sich in anderen Städten, die solche Stationen installiert hätten, informiert und sei zu dem Schluss gekommen, dass diese nicht rentabel seien und am Ende alles bei der Stadt verbleibe. Eine pauschale Aussage, der Kohlestrukturfonds fördere das Vorhaben, sei seiner Meinung nach nicht möglich, so **Herr Heinemann**. Dass es zunächst der Zustimmung des Gremiums bedarf, bevor ein Antrag auf den Weg gebracht werden könne, unterstreicht **Stadtbaurat Marusic**. **Herr von den Berg** sichert den zuständigen Fachleuten sein Vertrauen zu. Ihm käme in der Diskussion jedoch zu kurz, dass mit dem Projekt die Mobilität nach vorne befördert werde.

Herr Lehmann erkundigt sich nach der Höhe des friesischen Anteils aus dem Kohlestrukturfonds. Die Gesamtkosten für Friesland beziffert **Stadtbaurat Marusic** auf 9,45 Mio. Euro. **Frau Mandt** informiert, dass es heute lediglich um einen Grundsatzbeschluss gehe. Auch in Friesland seien einzelne Kommunen im weiteren Verfahren aus dem Projekt ausgestiegen, da sie die Betriebskosten nicht schultern könnten. Diese Möglichkeit werde es auch für Wilhelmshaven geben. Auf Nachfrage von **Herrn Ehlers** gibt **Stadtbaurat Marusic** bekannt, dass zwei getrennte Anträge von Friesland und Wilhelmshaven gestellt würden. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn sei nicht möglich.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven befürwortet das Gesamtkonzept Mobilitätsstationen Wilhelmshaven/Friesland als einen wichtigen Beitrag zur Mobilitäts- und Verkehrswende in der Region.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven erteilt seine Zustimmung, dass die Umsetzung der Mobilitätsstationen des Landkreises Friesland mit Mitteln des Kohlestrukturfonds gefördert werden kann.
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven ermächtigt die Verwaltung, auf Grundlage des aktuellen Planungsstandes, gemeinsam und abgestimmt mit dem Landkreis Friesland, einen externen Planer mit der Planung bis zur LP 3 HOAI für dieses Vorhaben zu beauftragen.
4. Die Planungsergebnisse und eine Vorhabenbeschreibung zum Planungsstand Leistungsphase 3 HOAI inklusive Kostenberechnung werden dem Rat der Stadt Wilhelmshaven vor der baulichen Umsetzung von der Verwaltung zur finalen Beschlussfassung (Umsetzungsbeschluss) vorgelegt. Die Antragstellung beim Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) erfolgt erst nach dem Umsetzungsbeschluss.

15.4. Antrag der SPD- Fraktion: Bereitstellung von E- Bke- Ladestationen im **525/2025**
3 Bereich Südstrand

Frau Holtz führt in den Antrag ein und erläutert diesen. Außerdem stellt sie folgenden Änderungsantrag:

Die SPD-Fraktion beantragt die Prüfung der Bereitstellung von sechs zusätzlichen E-bike-Ladestationen im Bereich Südstrand. Standorte: Am Marinemuseum zwei, am Wattenmeer-Besucherzentrum zwei und am Aquarium zwei.

Darüber hinaus sollen zwei zusätzlich E-bike-Ladestationen beim Küstenmuseum aufgestellt werden.

Frau Mandt sichert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Antrag zu. Herr Tönjes bittet um Klärung, ob sechs oder acht Stationen errichtet werden sollen. **Frau Holtz** informiert, dass es sich um sechs im Bereich des Südstrandes und zwei im Bereich des Küstenmuseums handelt – in Summe also acht. Auch **Herr Fischer** begrüßt den Antrag und kündigt an, zustimmen zu wollen.

Oberbürgermeister Feist weist kritisch darauf hin, dass die bestehende Ladestation am Südstrand kaum genutzt würde und aufgrund der hohen Reichweite und der langen Ladedauern solche Angebote nicht den Bedürfnissen der Radfahrenden entsprechen würden. Der Antrag werde, auch als Prüfauftrag, nur Arbeit innerhalb der Verwaltung verursachen.

Herr Stump hinterfragt, ob nicht ein kommerzieller Anbieter die Stationen errichten könnte, zum Beispiel die GEW. **Herr Walzner** möchte wissen, ob die Stationen später kostenfrei genutzt werden könnten und wer den Betrieb bzw. die

Pflege übernehmen würde. **Herr Werner** stimmt Oberbürgermeister Feist zu und betont, dass er als E-Bike-Fahrer seinen Akku noch nie unterwegs habe laden müssen.

Frau Holtz führt abschließend aus, dass die Initiative zu dem Antrag von den Museen gekommen sei, die häufig von Tourist*innen auf Lademöglichkeiten angesprochen werden würden.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Die SPD-Fraktion beantragt die **Prüfung der** Bereitstellung von sechs zusätzlichen E-bike-Ladestationen im Bereich Südstrand. Standorte: Am Marinemuseum zwei, am Wattenmeer-Besucherzentrum zwei und am Aquarium zwei. Darüber hinaus sollen zwei zusätzliche E-bike-Ladestationen beim Küstenmuseum aufgestellt werden.

15.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

15.5. Kanalweg - Verkauf eines Grundstücks im Gebiet westlich Banter Weg **217/2024**
1 – B-Plan Nr. 53 (2. Änderung)

Frau Mandt führt in die Vorlage ein und erläutert, dass diese schon mehrfach im Fachausschuss behandelt worden sei.

Herr Tönjes informiert, dass seine Gruppe den Änderungsantrag nicht erneut einbringen würde, da dieser bereits abgelehnt worden sei. Dennoch halte seine Gruppe an der Auffassung fest, dass man nicht die Summe aus dem Verkauf erziele, die möglich wäre. Die Verzögerung sei der schlechten Arbeit der Verwaltung geschuldet.

Stadtbourat Marusic möchte dies nicht stehen lassen: Die Verwaltung habe gut verhandelt und ein gutes Ergebnis erzielt. Auf Wunsch des Ausschusses sei der Verkaufswert noch einmal um 12,5 Prozent gesteigert worden. Lediglich auf ein Prozent der Fläche habe historisch bedingt eine Bebauung stattgefunden. Er bitte um Zustimmung zum Verkauf.

Dass es schlichtweg falsch sei, die Stadt würde Geld verschenken, betont **Herr Schön**. Schließlich läge der Verkaufspreis über dem vom Gutachterausschuss ermittelten Wert. Die Verwaltung habe über 32.000 Euro mehr in die Stadtkasse geholt. Der Käufer sei ein wichtiger Arbeitgeber in der Stadt, man könne froh sein, dass dieser das Flurstück erwerbe.

Herr Tönjes erläutert noch einmal detaillierter, wie er zu seinen Aussagen gekommen sei.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Der Rat stimmt dem Verkauf Kanalweg (Gemarkung Wilhelmshaven, Flur 1, Flurstück 102/3 mit einer Gesamtfläche von 2.482 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 22,50 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 55.845,00€ an die HBV GmbH & Co. KG, Kanalweg 12 in 26389 Wilhelmshaven zu.

- 15.5. Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2024 **289/2025**
2

Frau Mandt führt in die Vorlage ein.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die für das Jahr 2024 bestehende verdeckte Gewinnausschüttung aus dauerdefizitären Betrieben gewerblicher Art soll unter der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos des jeweiligen BgA geleistet werden.

- 15.5. Verkauf - Antonslust 15 - Hofstelle Fegefeuer **131/2025**
3

Stadtbaurat Marusic führt in die Vorlage ein und erläutert, dass es unterschiedliche Auffassungen zur Wertermittlung gäbe. Um noch ein Verkehrswertgutachten vorlegen zu können, regt er an, die Vorlage noch einmal zurückzuziehen. Gleichwohl weist er daraufhin, dass das Gutachten auch zu einem geringeren Wert gelangen könnte.

Oberbürgermeister Feist zieht den Antrag zurück.

- 15.5. Grundsatzbeschluss Vergabe Wohnbauflächen als Erbbaurecht **291/2025**
4

Frau Mandt führt in die Vorlage ein und erläutert diese. Da noch Fragen bestehen, stellt sie den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Moriße gibt bekannt, dass seine Fraktion dem Vertagungsantrag zustimmen werde.

Herr Tönjes zeigt sich nicht einverstanden mit dem Zurückziehen der Beschlussvorlage 131/2025, da Frau Kloster noch eine Wortmeldung hierzu hatte. Er bittet dies zu berücksichtigen und ggf. zu prüfen. Dass der Tagesordnungspunkt bereits erledigt sei, macht Herr Stoffers deutlich und lässt den Einwand nicht gelten.

Beschluss: vertagt

Dieser Grundsatzbeschluss zur Vergabe von Wohnbauflächen im Erbbaurecht regelt die Vergabe von städtischen Grundstücken für den Wohnungsbau als Erbbaurecht. Dabei wird das Grundstück nicht verkauft, sondern über eine bestimmte Laufzeit (in der Regel 99 Jahre) gegen Zahlung eines Erbbauzinses zur Nutzung überlassen. Hierbei soll ein bestimmter Anteil der Wohnbauflächen im Erbbaurecht vergeben werden, um den Bau von Wohneigentum zu fördern und gleichzeitig den Erwerb von Grundstücken zu erleichtern (insbesondere für Familien mit geringerem Eigenkapital). Gerade junge Familien mit durchschnittlichem Einkommen bekommen so die Möglichkeit, Wohneigentum zu schaffen, ohne dass das Grundstück bereits von Anfang an erworben werden muss. Durch den geringeren Finanzierungsteil die geringere Investition, der die ggfs. über eine Bank sichergestellt finanziert werden muss, bleibt die Finanzierungssumme abzahlbarentsprechend niedriger.

Um diesen Familien in späteren Jahren auch im Hinblick auf eine Absicherung im Alter eine Vermögensbildung (in Form des Volleigentums) zu ermöglichen, wird eine Option des Kaufs des Grundstücks eingeräumt. Die Stadt räumt den Endnutzerinnen und Endnutzern beim Erbbaurecht nach einer Laufzeit von 20 Jahren ein Ankaufsrecht für das Baugrundstück ein. Für alle unmittelbar verkauften oder im Erbbaurecht vergebenen Grundstücke vereinbart die Stadt ein dinglich gesichertes Vorkaufsrecht für jeden Verkaufsfall im Grundbuch bzw. Erbbaugrundbuch .

Das im Rahmen eines Erbbaurechts vergebene Grundstück erworbene Grundstück ist innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Baugenehmigung bzw. Bauanzeige, welche spätestens 6 Monate nach erfolgter Eigentumsumschreibung zu beantragen ist, mit einem Wohngebäude bezugsfertig zu bebauen. Die Fertigstellungsfrist kann bis zu einem Jahr verlängert werden, sofern der Erwerbende die Gründe für die Verzögerung schriftlich und nachvollziehbar gegenüber GGS dargelegt. Andernfalls wird ein Rückkaufsrecht vereinbart.

Gem. dem Ratsbeschluss (Vorlagen-Nr. 6/2023) beträgt die Erbbaubauzinshöhe bei der Bestellung eines Erbbaurechtes für den frei finanzierten Wohnungsbau / Einfamilienhäuser 5 % des aktuellen Bodenrichtwertes.

Die zukünftige Vergabe von städtischen Grundstücken im Rahmen einer Erbbaurechtsbestellung ist vor dem Hintergrund des immer knapper werdenden Baulands und der steigenden Bodenpreise eine

sinnvolle Maßnahme, um der Stadt langfristig Einfluss auf die Nutzung und Entwicklung von Flächen zu geben sowie regelmäßige Einnahmen zu sichern.

Für die Vergabe der städtischen Wohnbaugrundstücke im Rahmen eines Erbbaurechts gilt gelten weiterhin die vom Rat beschlossene Richtlinie der Stadt Wilhelmshaven zur Veräußerung von städtischen Wohnbaugrundstücken analog.

15.6 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer)

15.6. Beschluss zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2025 vom **273/2025**
1 Eigenbetrieb RNK

Herr Stoermer führt in die Vorlage ein und erläutert diese.

Herr Brandt erwähnt, dass wichtige Punkte zur Arbeitssicherheit der Mitarbeitenden des Klinikums aufgeführt seien. Dennoch käme die Vorlage rund zehn Monate zu spät. Da aber viele Aspekte den Menschen im Klinikum zu Gute kommen, werde er ausnahmsweise trotzdem zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2025 wird, gemäß § 8 Absatz 2 und 3 der Satzung des RNK Eigenbetriebes, beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2025 auf 1.338.779 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredit für das Wirtschaftsjahr 2025 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 8.000.000 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung wird auf 1.102.000 € festgesetzt.

15.7 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

15.7. Namensgebung der Grundschule Stadtmitte **70/2025**
1

Herr Ehlers führt in die Vorlage ein und erläutert das Verfahren, nachdem die Benennung von Schulen erfolgt.

Herr Moriß empfindet den Namen „Schule am Meer“ als sehr trocken. Seine Anregung, den Namen in „Schule und mehr“ zu ändern, sei aber im Schulausschuss abgelehnt worden. Deswegen werde er dem Antrag heute nicht zustimmen. **Herr Bulla** informiert, dass der Ausschuss zweimal einstimmig zugestimmt habe – nicht, weil man den Namen so gut finde, sondern weil der

dahinterstehende demokratische Prozess wertgeschätzt werde. Gleichzeitig stehe ein pädagogisches Konzept hinter dem Namen. **Frau Weinstock** habe sich persönlich einen anderen Namen gewünscht, werde sich aber nicht gegen die Entscheidung der Schule stellen. An der weiteren zum Teil energisch geführten Diskussion beteiligen sich die Herren **Baruschke, Moriße, Stump, Ehlers und Lehmann**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt

Die Stadt Wilhelmshaven als Schulträger stimmt dem Wunsch der Schulgemeinschaft der Grundschule Stadtmitte zur Namensgebung zu. Der Schulname lautet damit zum Schuljahr 2025/26, also ab dem 01.08.25, „Grundschule am Meer“.

Pause von 18:51 bis 19:07 Uhr

15.7. Antrag der Gruppe WIN@WBV und Volt: : Ergebnisse und **532/2025**
2 Konsequenzen der aktuellen Schuleingangsuntersuchungen

Herr Bulla führt in den Antrag ein und erläutert diesen. In den Fachausschüssen sei der Antrag einstimmig angenommen worden, auch die Verwaltung habe sich offen gezeigt.

Frau Weinstock findet die Idee nach eigener Aussage grundsätzlich gut, möchte aber nicht nur die gesundheitliche Untersuchung der Kinder in den Fokus rücken. **Oberbürgermeister Feist** stimmt ihr zu und weist darauf hin, dass auch die sozialen, emotionalen Faktoren mit berücksichtigt werden müssen, um die Schulfähigkeit der Kinder frühzeitig in den Blick zu nehmen. Er sei sich sicher, dass die Fachleute ein sinnvolles Maßnahmenpaket entwickeln würden. **Herr Fischer** informiert, dass im Jugendhilfeausschuss auch die zuständigen Träger den Antrag sehr begrüßt hätten.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Ansichts der aktuellen Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren

- die Ursachen der festgestellten Entwicklungen zu analysieren,
- eine Übersicht über bestehende Programme und Informationsmaterialien zur Gesundheitsförderung für Kinder und Familien zu erstellen,
- darzustellen, welche Maßnahmen und Kooperationen bereits umgesetzt werden,
- bestehende Hemmnisse sowie mögliche Unterstützungsbedarfe aufzuzeigen,
- den konkreten Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen für nicht schulreife Kinder ab dem sechsten Lebensjahr (etwa in Form von

Schulkindergartenplätzen) zu erheben, um eine passgenaue Förderung zu ermöglichen.

Die Ergebnisse sind den zuständigen Fachausschüssen regelmäßig zu berichten.

16 Anträge

16.1 Initiativantrag des Orsrates: "Barrierefreier Ausbau der Haltestellen für den Bereich Sengwarden und Fedderwarden" **533/2025**

Frau Mandt bringt den Initiativantrag des Orsrates ein und begründet diesen. In der aktuellen Planung seien die beiden Dörfer für die kommenden Jahre nicht berücksichtigt, dennoch sei mindestens eine barrierefreie Haltestelle pro Dorf zeitnah notwendig. Auch wenn ihr bewusst sei, dass die Antragstellung für das kommende Jahr nicht möglich sei, wünsche sie sich eine Umsetzung ab 2027. Bei einem entsprechenden Beschluss sichert **Stadtbourat Marusic** zu, dies für die Planungen ab 2027 zu berücksichtigen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Ortsrat empfiehlt die Verwaltung zu beauftragen, den barrierefreien Ausbau der Haltestellen in den Dörfern Sengwarden und Fedderwarden und die dafür notwendigen Finanzmittel in die kommenden Wirtschaftspläne der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zu hinterlegen.

Dazu sind im Wirtschaftsplan der TBW für das Jahr 2026 ff. entsprechende Finanzmittel (Planung und Umsetzung) einzustellen.

Für die Umsetzung wird seitens des Orsrates die Priorität beginnend mit den Haltestellen Fedderwarden Poststraße/ Höhe Doerploden festgelegt. Alle weiteren Haltestellen im Orsratsgebiet sollen dann in den nachfolgenden Jahren barrierefrei hergestellt werden.

16.2 Antrag Gruppe Gemeinsam BUNT: "Änderung Hauptsatzung" **540/2025** [Antragsbehandlung des Jugendparlaments]

Herr Tönjes bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Hager verweist auf sein eigenes Mandat im Jugendparlament, das er lange inne hatte. Auch wenn er das Engagement des Jugendparlamentes sehr schätze, dürfe diesem Gremium im Vergleich zum Behinderten- und Seniorenbeirat keine Sonderrolle beigemessen werden. Schon jetzt habe jede*r Bürger*in die Möglichkeit, Eingaben an den Rat zu geben. **Herr Dr. Schulte** hinterfragt, ob die Formulierung rechtlich korrekt sei. Jemand, der kein Antragsrecht habe, könne keine Anträge stellen. An der weiteren Diskussion beteiligen sich die **Herren**

Stump, Heinemann und Ehlers, die sich alle gegen den Antrag aussprechen, gleichzeitig aber die Bedeutung des Jugendparlamentes betonen.

Herr Tönjes zeigt sich irritiert über die Wortbeiträge und die Argumentation. Er wolle keine politische Instrumentalisierung der Anträge aus dem Jugendparlament und kritisiert, dass die Beiträge offenbar gerade gegeneinander ausgespielt werden würden. Damit auch die anderen Beiträge gleichbehandelt werden, bringt er mündlich einen Änderungsantrag ein.

Herr Stoffers zweifelt an, dass es sich um einen Änderungsantrag handelt. Dazu führt **Erster Stadtrat Schönfelder** aus, der die Auffassung von Herrn Stoffers teilt. Der Tagesordnungspunkt sei eindeutig benannt. Der Änderungsantrag sei somit als neuer Antrag zu werten. Deswegen empfehle er Herrn Tönjes, den Antrag zurückzuziehen. Dem kann **Herr Tönjes** durchaus folgen und verweist auf den Klammerzusatz. Aufgrund der rechtlichen Bedenken ziehe er den Änderungsantrag zurück, lasse aber den Hauptantrag bestehen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

§ 9 der Hauptsatzung wie folgt zu ändern:

Der bisherige Absatz (5) soll um folgenden Satz ergänzt werden:
„Anträge die durch das Jugendparlament Wilhelmshaven eingereicht werden, sind als Anregungen oder Beschwerden gemäß § 34 NKomVG zu behandeln. Abweichend von der sonstigen Regelung sind diese nicht durch den Verwaltungsausschuss, sondern öffentlich durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven zu beraten und zu beschließen.“

16.3 Antrag Gruppe Gemeinsam BUNT: "Änderung Geschäftsordnung des Jugendparlaments" **541/2025**

Herr Tönjes zieht den Antrag zurück.

Beschluss: zurückgezogen

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung überarbeitet die Geschäftsordnung des Jugendparlaments und legt diese dem Rat bis zur turnusgemäßen Sitzung im Oktober 2025 zur Beschlussfassung vor.

17 Anfragen

- 17.1 Anfrage Thomas Lehmann Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/ FW im Rat der Stadt Wilhelmshaven: Anfrage gem. § 18 der Geschäftsordnung des Rates über den Wegzug der Firma "GEO-Group" aus Wilhelmshaven nach Sande **538/2025**

Stadtbourat Marusic beantwortet die Anfrage von Herrn Lehmann wie folgt:

„Die Firma Geo Ingenieurservice Nord-West GmbH & Co. KG hatte sich als Mieter der GGS im Gewerbezentrum Kutterstraße im März 2019 wegen eines Gewerbegrundstücks bei GGS erkundigt.

Konkret wurden der Firma zwei Flächen angeboten: zum einen der ehemalige Campingplatz an der Geniusbank und Flächen im Heppenser Groden. Insbesondere die Geniusbank schien aus Sicht von GGS interessant zu sein, da neben einem Bürogebäude auch Stellplätze für Boote entstehen sollten. Diese Flächen sagten der Firma aber nicht zu. Die genauen Gründe hierfür wurden nicht kommuniziert. Durch die sich anschließende Corona-Zeit und einen kompletten personellen Umbruch in der Abteilung Portfoliomanagement, sowie der nicht stattgefundenen Kündigung der Mietfläche wurde die Interessensanfrage nicht nachgehalten. Das Projekt wurde offenbar nach der Corona-Zeit von der Firma weiterverfolgt ohne erneut den Kontakt zur Stadt Wilhelmshaven aufzunehmen.

Die im Umbruch befindliche Wirtschaftsförderung war an dem Vorgang nicht beteiligt. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft war zu diesem Zeitpunkt noch in der Gründungsphase.

Zwischenzeitlich finden die Abstimmungen mit der Wirtschaftsförderung in einem regelmäßigen Turnus statt, so dass solche Bedarfe besser versorgt werden können.“

- 17.2 Anfrage Beigeordneter Heinemann zum Thema "Seniorenbeirat" **539/2025**

Erster Stadtrat Schönfelder verweist darauf, dass es zwischenzeitlich auch von der Kommunalaufsicht eine Bestätigung der Rechtsauffassung der Stadtverwaltung gegeben habe. Dies vorangestellt beantwortet die Anfrage von Herrn Heinemann wie folgt:

Zu 1.

Ja, der Seniorenbeirat sei personell rechtskonform besetzt.

Zu 2.

Grundsätzlich könne sich der Seniorenbeirat eine eigene Geschäftsordnung geben, was dieser im März 2022 getan habe. Nach einer Überarbeitung stamme die gültige Fassung nun aus dem November 2022. Es gebe aber eine Regelung, die nicht an den Ratsbeschluss angepasst worden sei. Dies sei § 4 Abs. 3 zum Nachbesetzung. Jedoch sei der Ratsbeschluss aus Februar 2022 als höher zu gewichten, weswegen

der Hinweis an den Seniorenbeirat ergangen sei, dass die Regelung in § 4 Abs. 3 unwirksam sei und geändert werden müsse.

Zu 3.

Nachdem der Rat die Wahlordnung im Februar 2025 aufgehoben habe, bestehe aktuell keine gültige Wahlordnung. Es werde aber derzeit an einer neuen Wahlordnung gearbeitet, die zeitnah in den zuständigen Ausschuss eingebracht werden solle.

- 18 Einwohnerfragestunde II
Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem.
§ 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates]

Es liegen keine Fragen vor.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez.

Stoffers
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Muth
Protokollführerin